

**Antrag auf Direktbeschluss Martin Christen, SP, Turgi, vom 3. Mai 2011 betreffend qualitativ und quantitativ bessere mediale Präsenz und Vermarktung des Grossen Rats**

---

**Text:**

Der Grosse Rat sorgt mit einer Ergänzung des Aufgabenbereichs "010 Grosse Rat" im "Aufgaben- und Finanzplan 2011–2014 mit Budget 2011" für eine bessere mediale Präsenz und Vermarktung seiner politischen Tätigkeit, indem

- die Leistungsziele mit der neuen Position 010ZI0005 "Mediale Präsenz und Vermarktung des Grossen Rats" (z. B.) ergänzt,
- die entsprechenden Indikatoren (z. B.: "Publikation der Traktandenliste und der Beschlüsse in der Tagespresse" sowie "Betreiben des Internetportals GROSSER RAT AARGAU ONLINE") definiert
- sowie ein Nachtragskredit von (ca.) Fr. 520'000.– zulasten der laufenden Rechnung gesprochen wird.

**Begründung:**

Die Unzufriedenheit über die Medienpräsenz des Grossen Rats und die Qualität der Berichterstattung ist quer durch alle Fraktionen gross: Das spricht zwar einerseits für die Medien – denn diese können es ja nie allen Recht machen –, offenbart jedoch andererseits auch einen echten Missstand, dem mit zielführenden Massnahmen begegnet werden sollte:

- der Kanton Aargau verfügt mit der AARGAUER ZEITUNG nur noch über eine einzige Tageszeitung, die dadurch eine Monopolstellung erhält,
- die Presseberichterstattung über die Tätigkeit des Grossen Rats ist – bedingt durch die redaktionelle Themen- und Ressortgewichtung – quantitativ und qualitativ gesehen ungenügend, ebenso wie die Berichterstattung im Privatfernsehen TELE M1,
- der Internetauftritt des Grossen Rats ist unprofessionell, "hausbacken", benutzerfeindlich.

Das Resultat ist eine in jeder Beziehung ungenügende Medienpräsenz, so dass die Öffentlichkeit kaum noch erfährt, wer wann worüber wie und warum im Grossen Rat verhandelt und diskutiert.

**Vorschläge****1. Bessere Präsenz in der Tagespresse:**

Direkt in die redaktionelle Freiheit der Presse eingreifen zu wollen, wäre undemokratisch, antiliberal und illegal. Eine indirekte Beeinflussung – in Bezug auf die Quantität der Berichterstattung – liesse sich jedoch mit einer Art "Leistungsvereinbarung" erreichen:

- Der AZ wird der Auftrag erteilt, jeweils samstags oder montags die Traktandenliste und mittwochs die Grossratsbeschlüsse zu publizieren.
- Als Gegenleistung verpflichtet sich die AZ, ihre Grossratsberichterstattung um eine bestimmte Prozentzahl auszubauen.

Mit dieser Massnahme wäre dem Grossen Rat und der AZ gleichermassen gedient. Den grössten Nutzen hätten aber die Leserinnen und Leser, die sich ohne Zusatzaufwand einen Überblick über die aktuellen Grossratsthemen und -beschlüsse verschaffen könnten.

- Zu sprechender Nachtragskredit: Fr. 140'000.–, d. h. Fr. 1'000.– pro Ratsmitglied (= Vorschlag).

## 2. Schaffung eines Internetportals "GROSSER RAT AARGAU ONLINE"

Für Aussenstehende ist es sehr mühsam, sich via Internet über die Tätigkeit des Grossen Rats ein Bild machen zu wollen. Ein professionell, kreativ und benutzerfreundlich gestalteter, täglich – an Sitzungstagen laufend – aktualisierter Internetauftritt mit allen technischen Möglichkeiten böte der interessierten Bevölkerung die Gelegenheit, sich punkto Aargauer Politik ständig auf dem Laufenden zu halten. Zudem könnte damit in weiteren Bevölkerungskreisen, zum Beispiel bei Jugendlichen, das politische Interesse geweckt werden.

- Zu sprechender Nachtragskredit: Fr. 280'000.–, d. h. Fr. 2000.– pro Ratsmitglied (= Vorschlag).

## 3. Mehr Stellenprozente für die Öffentlichkeitsarbeit

Die Leistungsvereinbarung mit der Staatskanzlei in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit müsste von 10 % auf mindestens 70–80 % aufgestockt werden.

- Zu sprechender Nachtragskredit: Fr. 100'000.– (= Vorschlag)

## Schlussbemerkung

Eine Verbesserung der jetzigen, unbefriedigenden Situation ist ohne gezielte Investitionen nicht zu haben. Mit einer geschickten, qualitativ hochstehenden Zusammenarbeit mit Medienunternehmen auf der Basis von Leistungsverträgen könnten die Präsenz des Aargauer Grossen Rats in den Medien ausgebaut und verstärkt, das Interesse an der Aargauer Politik vergrössert und die Stimm- und Wahlbeteiligung positiv beeinflusst werden.

---

Mitunterzeichnet von 16 Ratsmitgliedern